



Beschluss

In dem Verfahren

— Antragsteller, —

gegen

Bundesvorstand der Piratenpartei Deutschland
Fachausschuss für Finanzen
Pflugstr. 9a
10115 Berlin
vorstand@piratenpartei.de

— Antragsgegner, —

Aktenzeichen SGdL-03-21-H

wegen

1. das Inkraftsetzen der Anträge #80896; ein Wahlkampfbudget in Höhe von 54.045,22 EUR und #80902; ein Budget von 19.600,00 EUR für den Bereich Rechts u. Beratungskosten zur Verfügung zu stellen,
2. hilfsweise zu prüfen, ob die Abstimmungen zu beiden Anträgen nach der Geschäftsordnung des Fachausschuss für Finanzen richtig abliefen.

hat die 1. Kammer des Schiedsgericht der Länder (SGdL) der Piratenpartei Deutschland durch die Richter Stefan Lorenz, Wolfgang Dudda und Vladimir Dragnić auf der Sitzung am 28.04.2021 entschieden:

1. Die Anträge werden verworfen, das Verfahren geschlossen.
2. Der Richter Melano Gärtner wird i.A.a. § 12 Abs. 7 SGO die in diesem Verfahren gefassten Beschlüsse in Vertretung für den Spruchkörper unterzeichnen.

I. Sachverhalt

Die Parteien streiten über beschlossene oder nicht beschlossene Anträge im Fachausschuss für Finanzen und ob die Geschäftsordnung richtig zur Anwendung kam. Der Antragsteller teilt am 15.04.2021 dem Schiedsgericht der Länder gegenüber mit, dass er seine Klage zurückzieht.



**PIRATEN
PARTEI**

Piratenpartei Deutschland
Schiedsgericht der Länder
Pflugstraße 9a, 10115 Berlin
anrufung@sgdl.piratenpartei.de
Fax: +49 234 96641607
BRD, den **28.04.2021**
AZ: **SGdL-03-21-H**

II. Entscheidungsgründe

Durch die Rücknahme der Klage durch den Antragsteller ist die Erledigung in der Hauptsache eingetreten. Auch durch Ermangelung eines Antragstellers respektive einer Klage, ist eine Anrufung nach § 8 Abs. 1 S. 1 SGO schon nicht mehr gegeben und das Verfahren ist einzustellen.

III. Rechtsmittel- / Rechtsbehelfsbelehrung

Die Schiedsgerichtsordnung sieht gegen diesen Beschluss keine Rechtsmittel vor.

Vladimir
Dragnić
Berichterstatter

Wolfgang
Dudda

Stefan
Lorenz